

Kopf statt Kehlkopf

Sehr geehrte Frau Kollegin,
sehr geehrter Herr Kollege,

„Politik wird mit dem Kopf und nicht mit dem Kehlkopf gemacht“ – dieses Zitat von Franz Josef Strauß hat auch heute noch seine Gültigkeit. Wir leben zwar in einer Zeit, in der die Populisten auf dem Vormarsch sind, doch nach wie vor kann man durch gute Argumente und überzeugende Sacharbeit Erfolge erzielen. Zwei aktuelle Beispiele möchte ich dafür nennen:

1. Die Chancen stehen gut, dass die Degression schon bald Geschichte ist.
2. Das seit Jahrzehnten bewährte vertragliche Gutachterwesen könnte demnächst eine gesetzliche Verankerung erfahren.

Beide Punkte wirken sich unmittelbar auf die zahnärztliche Berufsausübung aus. Es ist uns offensichtlich gelungen, der Politik klarzumachen, dass gerade die Praxen im ländlichen Raum, die überdurchschnittlich viele Patienten versorgen, durch ein planwirtschaftliches Steuerungsinstrument wie die Degression zu Unrecht bestraft werden. Dies gefährdet die flächendeckende Versorgung und befördert den Konzentrationsprozess in den Ballungsräumen.

Die gesetzliche Verankerung des einvernehmlichen Gutachterwesens ist notwendig geworden, weil die Gutachter des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen (MDK) durch Gerichtsurteile gestärkt wurden. Erfreulicherweise war dies auch nicht im Sinne einiger Krankenkassen, die die Vorzüge der Vertragsgutachten durchaus zu schätzen wissen.

Ein weiteres „heißes Eisen“ ist die Zukunft der Medizinischen Versorgungszentren (MVZ). Die zahnärztlichen Körperschaften haben unmissverständlich klargemacht, dass die jetzige Rechtslage internationalen Investoren Tür und Tor für den Zugang in das deutsche Gesundheitswesen öffnet. Über die damit verbundene drohende Industrialisierung und Kommerzialisierung der Zahnmedizin haben wir im BZB bereits mehrfach berichtet. Und auch hier scheint die kontinuierliche Überzeugungsarbeit, die wir auf Landes- und Bundesebene leisten, allmählich zu fruchten. So hat Bundesgesundheitsminister Jens Spahn angekündigt, Anfang kommenden Jahres Gespräche mit verschiedenen Akteuren im Gesundheitswesen über mögliche Änderungen der



Dr. Rüdiger Schott
Stellvertretender Vorsitzender
des Vorstands der KZVB

Rahmenbedingungen für zahnmedizinische MVZ führen zu wollen. Unsere Position ist klar: Gründung und Betrieb eines MVZ sollen ausschließlich Zahnärzten gestattet sein.

Ich brauche nicht zu erwähnen, dass politischen Entscheidungsprozessen langwierige Gespräche und eine umfangreiche Überzeugungsarbeit vorausgehen. Zahlen, Daten, Fakten sind die „Waffen“, mit denen man politische Auseinandersetzungen führen muss. Deshalb ist es auch so wichtig, dass Sie uns mit den notwendigen Informationen versorgen. Das Zahnärzte-Praxis-Panel (ZäPP), das früher Kostenstrukturerhebung hieß, ist eine der wichtigsten Quellen für die Beurteilung der betriebswirtschaftlichen Situation der deutschen Zahnarztpraxen. Ich bedanke mich deshalb an dieser Stelle bei allen Praxisinhabern, die sich beteiligt haben.

Schließen möchte ich mit einem weiteren Zitat, diesmal von Otto von Bismarck: „Es ist ein Grundbedürfnis der Deutschen, beim Biere schlecht über die Regierung zu reden.“ Ich hoffe, mit diesem Editorial das Gegenteil getan zu haben – nicht nur, weil beim Schreiben ein Schoppen Frankenwein vor mir stand. Die Politik ist durchaus in der Lage, Entscheidungen zu treffen, die sich positiv auf unseren Berufsstand auswirken. Vorausgesetzt, wir arbeiten ihr entsprechend zu.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen, Ihren Angehörigen und den Praxismitarbeitern ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins Jahr 2019.

Ihr